



Liebe Schülerinnen und Schüler,

Schülerinnen und Schüler finden es vielleicht findet ihr es ganz angenehm, wenn die Lehrerin, der Erzieher, die Sozialpädagogin oder der Therapeut an Eurer Schule streikt. Aber sie streiken nicht, um den Kindern und Jugendlichen mal einen oder mehrere freie Tage zu verschaffen. Angestellte Lehrkräfte und andere Mitarbeiter an den Schulen sind Beschäftigte, die wie alle anderen Arbeitnehmer dafür kämpfen müssen, wenn sie eine Gehaltserhöhung haben wollen. Die Arbeitgeber – in diesem Fall die Regierungen der Bundesländer – zahlen niemals freiwillig mehr Geld. Die Arbeitgeber lassen sich nur beeindrucken, wenn der Betrieb nicht läuft, weil gestreikt wird. Obwohl viele Dinge teurer werden – z.B. Mieten, Essen, Strom, Benzin und Gas – haben die Beschäftigten der Bundesländer in den letzten fünf Jahren nur ein einziges Mal eine Gehaltserhöhung bekommen. Ihr Gehalt ist deshalb heute viel weniger wert als noch vor ein paar Jahren. Bis jetzt weigern sich die Regierungen der Bundesländer, ihren Mitarbeitern an Schulen, bei Polizei, Gerichten und Finanzämtern eine Gehaltserhöhung zu zahlen. Dadurch zwingen sie die Beschäftigten, zu streiken.

In vielen europäischen Ländern sind Streiks von Pädagoginnen und Pädagogen keine Seltenheit. Vielleicht habt ihr ja die Berichte über streikende Lehrkräfte in Österreich, Italien, Schweden, Frankreich, Griechenland, Spanien, Dänemark Rumänien oder anderswo im Fernsehen gesehen oder davon in der Zeitung gelesen. Deutschland ist im internationalen Vergleich ein Land, in dem wenig gestreikt wird. Das liegt zum einen daran, dass in den meisten deutschen Bundesländern die Lehrer und Lehrerinnen im Beamtenverhältnis beschäftigt sind. Ihnen ist es verboten zu streiken. Zum anderen gehen die Gewerkschaften sehr verantwortungsbewusst mit dem Mittel des Streiks um. Streiks an Schulen waren in der Vergangenheit eher selten. Erst in den letzten Jahren haben sich auch Lehrkräfte an Streiks vermehrt beteiligt oder die Streiks sogar maßgeblich getragen. In dieser Tarifrunde werden die bundesweit 200.000 angestellten Lehrkräfte zum Streik aufgerufen – zusammen mit all den anderen angestellten Beschäftigten in der Verwaltung, in den Finanzämtern und bei der Polizei. Sie setzen sich damit für ihre berechtigten Forderungen ein und wollen ein gutes Ergebnis erzielen. Das gemeinsame Eintreten für die eigenen Interessen ist ein wichtiger Bestandteil einer demokratischen Gesellschaft. Wenn Ihr mehr zum Thema Arbeitskampf an Schulen wissen wollt, findet Ihr weitere Informationen beispielsweise im Internet unter [www.gew-tarifrunde.de](http://www.gew-tarifrunde.de).

Freundliche Grüße,  
GEW Hamburg, Birgit Rettmer